

Pöstler-Kongress endet mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und mehr Ferien.

Mehr Lohn oder „Aktionen“

Mit der Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten und mehr Ferien hat die Union Schweizerischer Post-, Telefon- und Telegraphenbeamter (PTT-Union) am Mittwoch in Genf ihren Kongress abgeschlossen. Zentrales Thema der dreitägigen Veranstaltung war der streckenweise prekäre Personalmangel. Hier würden nur Lohnerhöhungen Abhilfe schaffen. Ansonsten droht die Gewerkschaft mit nicht genauer bestimmten „konkreten Aktionen“.

Im einzelnen verlangten die Delegierten eine Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 42 auf 40 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich. Ausserdem wollen sie längere Pausen und eine bessere Abgeltung der Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit. Schliesslich soll es für die älteren Pöstler auch mehr Ferien geben, fünf Wochen ab dem 45. und sechs Wochen ab dem 55. Altersjahr,

Ueber Arbeitszeitverkürzungen kann die PTT-Union allerdings nicht direkt mit dem Bund verhandeln. Zuständig dafür ist der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, dessen Präsident Georges Eggenberger zugleich Generalsekretär der PTT-Union ist.

Personalmangel

Wichtigste Massnahme im Kampf gegen den Personalmangel – gesamtschweizerisch sind weit über 1000 Stellen offen - sind nach Auffassung der Postgewerkschafter rasche Lohnerhöhungen. Dass die Pöstlergehälter im Rahmen einer Revision der Ämterklassifikation erhöht werden, ist zwar im Grundsatz bereits beschlossen. Umstritten ist jedoch der Zeitpunkt. Die PTT-Spitze will die Uebung bis Ende 1990 **durchziehen; die PTT-Union verlangt, die Revision müsse um ein Jahr vorgezogen werden.**

„Konkrete Aktionen“

In einer Resolution drohte die PTT-Union jetzt mit nicht näher bestimmten „konkreten Aktionen“ am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit, falls die PTT dieser Forderung nicht nachkommen sollte. Verhandlungen über eine Vorverlegung sind auf das kommende Frühjahr angesetzt

Zuschüsse

Nach Auffassung der PTT-Union sollten Sonderzuschläge darüber hinaus auch an weiteren Orten ausbezahlt werden. Der Kongress verabschiedete zudem einen Antrag, nach dem Postbeamte bei einer Versetzung in einen Postkreis mit Personalmangel Zuschüsse an die Wohnungsmiete und die Reisespesen erhalten sollen.

Stadt-Land-Gegensätze

Im Laufe der Debatte um die Lohn-Regionalisierung wurden jedoch tiefe Gegensätze zwischen Stadt- und Landsektionen deutlich. Einzelne Delegierte sahen sogar die Einheit der PTT-Union in Frage gestellt. Delegierte aus ländlichen Gegenden warfen den Städtern mangelnde Solidarität vor. Vertreter der Stadt-Pöstler meinten dagegen, mit einem Briefträgerlohn lasse sich auf dem Land ganz gut leben, in der Stadt erreiche man damit aber kaum das Existenzminimum.

Zusammenarbeit

Deutlicher als in früheren Jahren sprach sich die PTT-Union am Mittwoch auch für eine weitere Zusammenarbeit mit den anderen Personalverbänden der Postangestellten aus. Ein Antrag auf Austritt aus der PTT-Vereinigung, einem Zusammenschluss von fünf Postpersonal-Verbänden, wurde mit 168 gegen 81 Stimmen abgelehnt. Begründet wurde der Antrag mit unsolidarischem Verhalten der andern Verbände, die alle auch Kaderangestellte der Post organisieren. Mit Foto.

SoAZ, 24.11.1988.

PTT-Union > Kongress Genf. SoAZ, 1988-11-24